

Saarbrücken, den 30.09.2019

Regionalverband Saarbrücken
Regionalverbandsdirektor
Herr Peter Gillo
-im Hause-

 Der Regionalverbands- direktor  REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN			
EINGANG 07. Okt. 2019			
D1	D2	D3	
14	15	19	60

Antrag zum Haushalt 2020

Sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor,

die AfD-Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses zu setzen:

Keine Erhöhung der Regionalverbandsumlage

Beschlussvorschlag:

REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN		
- Dezernat I -		
07. Okt. 2019		
10	ASS	

Der Regionalverband passt die Regionalverbandsumlage jährlich den zu erwartenden Ausgaben an, berücksichtigt hierbei jedoch besonders die finanzielle Leistungsfähigkeit der ihr angehörigen Städte und Gemeinden.

Eine Erhöhung der Regionalverbandsumlage für 2020 von über 15.000.000,00 €, bzw. 6,1 % laut Entwurf zum Haushalt 2020 im Vergleich zum Vorjahr wird nicht erfolgen.

Begründung:

Der Regionalverband nimmt in seiner Eigenschaft Aufgaben seiner ihm angehörigen Städte und Gemeinden wahr, für welche er eine Umlage erhält.

Bestimmte Aufgaben können unstreitig durch den Regionalverband effizienter und somit auch günstiger für den Steuerzahler erledigt werden.

Jedoch befinden sich die dem Regionalverband angehörigen Städte und Gemeinden unstreitig in sehr angespannten finanziellen Verhältnissen, was diesen eine Investition in notwendige Infrastruktur und andere seit langem vernachlässigte eigene Projekte erschwert oder gar verhindert.

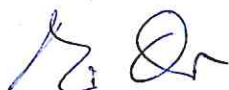
Die Kassenkredite sind hierbei seit langem ein besonderes Thema.

Der Gesetzentwurf „zur nachhaltigen Sicherstellung der finanziellen kommunalen Handlungsfähigkeit“ (Saarlandpakt) kam am 18.09.2019 im saarländischen Landtag in die erste Lesung und wird noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der dem Regionalverband angehörigen Städte und Gemeinden darf jedoch auch nicht vom Regionalverband angetastet werden, die Städte und Gemeinden dürfen nicht die Gelegenheit zur kraftvollen Betätigung verlieren.

Landkreisfremde Aufgaben sind auf das Notwendigste zu reduzieren, zukünftige Umlagebescheide sind zudem auch nur unter Berücksichtigung der Einnahmesituation der beteiligten Kommunen zu erlassen.

Michel Dörr



Fraktionsvorsitzender